

DAV-Depesche

DeutscherAnwaltVerein

Nr. 49/07

20. Dezember 2007

1. Gesetz zur Neuregelung des Rechtsberatungsrechts verkündet

Das vom Bundestag bereits am 11. Oktober 2007 verabschiedete „Gesetz zur Neuregelung des Rechtsberatungsrechts“ ist nun im Bundesgesetzblatt Ausgabe Nr. 63 am 17. Dezember 2007, S. 2840 verkündet worden. Damit sind die in Art. 4 des Rechtsberatungsneuregelungsgesetzes vorgesehenen Änderungen beim Berufsrecht (Wegfall des Verbots der Sternsozietät, Vereinfachung der Abtretung von anwaltlichen Honorarforderungen) bereits am 18. Dezember 2007 in Kraft getreten. Das Kernstück des Gesetzes, das Rechtsdienstleistungsgesetz, tritt am ersten des siebenten auf die Verkündung folgenden Monats, also am 1. Juli 2008 in Kraft. Die Änderungen der BRAO werden in einem kurzen Beitrag im Dezember-Heft des Anwaltsblattes vorgestellt. Den Beitrag finden Sie auch unter www.anwaltsblatt.de. Das Gesetz zur Neuregelung des Rechtsberatungsrechts finden Sie [hier](#).

2. Regierungsentwurf zur Neuregelung des Verbots von Erfolgshonoraren vorgelegt

Die Bundesregierung hat am 19. Dezember 2007 den Gesetzentwurf zur Neuregelung des Verbots der Vereinbarung von Erfolgshonoraren beschlossen (Die Nummer der Bundesratsdrucksache lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.). In dem [Regierungsentwurf](#) sind einige Bedenken des DAV aufgegriffen und entschärft worden. Allerdings enthält der Gesetzentwurf auch gegenüber dem Referentenentwurf abweichende Regelungen, die nicht als gelungen und sehr unerfreulich bewertet werden müssen. Der DAV hat zu diesem Regierungsentwurf eine Pressemitteilung veröffentlicht. Sie finden Sie [hier](#). Zu den Folgen des Gesetzesvorhabens für die Anwaltschaft finden Sie im Januarheft des Anwaltsblattes (AnwBl 2008, 33) ein Interview mit Rechtsanwalt Dr. Michael Streck und Rechtsanwältin Edith Kindermann. Das Anwaltsblattgespräch ist vorab auf der Website des Anwaltsblattes veröffentlicht: www.anwaltsblatt.de.

3. Anforderungen an eine Zweigstelle

Die Unsicherheiten bei den Rechtsanwälten und auch bei den Rechtsanwaltskammern im Hinblick auf Erfordernisse für die Einrichtung einer anwaltlichen Zweigstelle lassen nicht nach. Ein derzeit noch umstrittenes Thema ist die Frage, ob die für die Kanzlei geltenden Anforderungen eins zu eins auch auf Zweigstellen zu übertragen sind. Dazu liegt nun eine interessante Entscheidung des Anwaltsgerichtes München vor (AnwG München, Urt. v. 24.07.07 - 2 AnwG 46/05-X EV 54/05, BRAK-Mitt. 6/2007, 269). Im Internet können Sie auf die erwähnte Entscheidung zugreifen unter www.brak-mitteilungen.de. Zu einer Reihe von Fragen im Zusammenhang mit der Einrichtung einer Zweigstelle finden Sie Tipps und Hinweise in einem [Fragenkatalog](#), den der DAV bereits mit der Depesche Nr. 31/07 vom 23. August 2007 ins Internet gestellt hat.

4. Erweiterung der Videokonferenztechnik wird kritisch gesehen – Stellungnahme des DAV

Der DAV nimmt durch seinen Strafrechtsausschuss zum Entwurf eines Gesetzes zur Intensivierung des Einsatzes von Videotechnik in gerichtlichen und staatsanwaltlichen Verfahren (BR-Drs. 643/07) [Stellung](#): Der Gesetzesantrag des Landes Hessen fordert unter

dem Gesichtspunkt einer kundenorientierten Justiz die verstärkte Nutzung der Videokonferenztechnik, ohne sich jedoch mit den Folgen einer Erweiterung auseinander zu setzen. Der DAV sieht Gefahren: Durch die Verwendung von Videokonferenztechnik werde das Prinzip der Unmittelbarkeit durchbrochen. Eine Durchbrechung müsse aber auf Einzelfälle beschränkt bleiben. Umgekehrt sollte das Medium gerade dazu verwendet werden, originale Aufzeichnungen des in der Konferenz gesprochen Wortes zu erstellen.

5. Neuer Streitwertkatalog 2007 für die Sozialgerichtsbarkeit

Die Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Landessozialgerichte hat am 16. Mai 2006 einen auf Vorschlag des LSG Rheinland-Pfalz vorgelegten Streitwertkatalog 2006 beschlossen. Dieser Streitwertkatalog ist nun überarbeitet mit Stand 1. April 2007. Neben Vorbemerkung und allgemeinen Hinweisen enthält der Teil C den Streitwertkatalog für die Hauptrubriken Arbeitsförderungsrecht, Aufsichtsrecht, Beitragsrecht, Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Rentenversicherung, Sozialhilfe, Unfallversicherung. Eine Veröffentlichung des Streitwertkatalogs für die Sozialgerichtsbarkeit 2007 erfolgte im RVGreport 11/2007, 404-410. Im Internet kann der [Streitwertkatalog](#) für die Sozialgerichtsbarkeit, Stand 1. April 2007, eingesehen und heruntergeladen werden.

6. Ab 1. Januar 2008 gilt eine neue Düsseldorfer Tabelle

Am 17. Dezember 2007 hat das OLG Düsseldorf die neue, ab 1. Januar 2008 geltende [Düsseldorfer Tabelle](#) vorgestellt. Die Neufestsetzung wurde notwendig, weil am 1. Januar 2008 das neue Unterhaltsrecht in Kraft tritt. Die Pressemitteilung des BMJ finden Sie [hier](#).

7. Anzeigen der DAV-Werbekampagne jetzt auch als Bildschirmschoner

Auf www.anwaltverein.de können Sie ab sofort kostenlos den neuen [Slideshow-Bildschirmschoner](#) des DAV herunterladen. Drei Anzeigenmotive wechseln sich hierbei ab und bringen so die DAV-Werbekampagne auf Ihren Desktop.

Den Bildschirmschoner finden Sie unter:

www.anwaltverein.de/leistungen/werbung/werbekampagne/bildschirmschoner.

- Kerzenschein und Feuerwerk! -

Der DAV wünscht allen Beziehern der DAV-Depesche ein ruhiges Weihnachtsfest und ein erfolgreiches neues Jahr. Die nächste Depesche erreicht Sie im Januar.

v.i.S.d.P.: Rechtsanwalt Swen Walentowski, Pressesprecher des DAV, Berlin
Für eine Abmeldung aus dem Verteiler schreiben Sie eine e-mail an dav@anwaltverein.de
DEUTSCHER ANWALTVEREIN – <http://www.anwaltverein.de/leistungen/dav-depesche>
Littenstraße 11, 10179 Berlin, Tel.: 0 30/72 61 52 – 0, Fax: 0 30/72 61 52 – 1 90, dav@anwaltverein.de
Depesche Nr. 49/07 - Alle Angaben ohne Gewähr und Anspruch auf Vollständigkeit. © 2007 DAV